

Schriften zum Umweltrecht

Band 187

**Subjektiv-rechtliche Ansätze
im Völkerrecht zum Schutz
biologischer Vielfalt**

Von

Nils Wegner



Duncker & Humblot · Berlin

NILS WEGNER

Subjektiv-rechtliche Ansätze im Völkerrecht
zum Schutz biologischer Vielfalt

Schriften zum Umweltrecht

Herausgegeben von Prof. Dr. Michael Kloepfer, Berlin

Band 187

Subjektiv-rechtliche Ansätze im Völkerrecht zum Schutz biologischer Vielfalt

Von

Nils Wegner



Duncker & Humblot · Berlin

Die Rechtswissenschaftliche Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg hat diese Arbeit
im Jahre 2018 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2018 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: L101 Mediengestaltung, Fürstenwalde
Druck: buchbücher.de gmbh, Birkach
Printed in Germany

ISSN 0935-4247

ISBN 978-3-428-15469-2 (Print)

ISBN 978-3-428-55469-0 (E-Book)

ISBN 978-3-428-85469-1 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Meiner Familie und meinen Freunden

Vorwort

Die vorliegende Untersuchung wurde von der Juristischen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Wintersemester 2017/2018 als Dissertation angenommen, ihre Veröffentlichung mit einem großzügigen Druckkostenzuschuss der Wissenschaftlichen Gesellschaft Freiburg unterstützt. Rechtsprechung und Literatur konnten im Wesentlichen noch bis Ende 2017, in Einzelfällen auch darüber hinaus berücksichtigt werden.

Die Grundkonzeption der Arbeit und erste Untersuchungen habe ich noch während meiner Freiburger Zeit bis Mitte 2013 vornehmen können. Während meines Aufenthalts an der Universität Stockholm 2013/2014 folgten insbesondere vertiefte Arbeiten zur Rechtsstellung indigener Völker und lokaler Gemeinschaften im Nagoya-Protokoll. Diese flossen auch bereits in meine Masterarbeit zum Thema „Looking at Indigenous and Local Communities’ Rights in the Nagoya Protocol from the Perspective of Resilience Theory“ ein und stellen die Grundlage des dritten Teils der vorliegenden Arbeit, Unterabschnitt C. III., zum sozio-ökonomischen Ansatz des Nagoya-Protokolls dar. Zum größten Teil ist die Arbeit seit Mitte 2014 in Würzburg entstanden.

Dank gilt zu allererst meinem Doktorvater Prof. Dr. Dietrich Murswiek. An dessen Lehrstuhl hatte ich zwischen 2008 und 2013 zunächst als ungeprüfte, dann als geprüfte wissenschaftliche Hilfskraft und schließlich als wissenschaftlicher Mitarbeiter die Gelegenheit, das universitäre Innenleben kennenzulernen und Interesse und Freude am wissenschaftlichen Arbeiten zu entwickeln. Ihnen, Prof. Murswiek, danke ich sehr für das mir entgegengebrachte Vertrauen und die mir gewährte Freiheit, meinen Ideen nachgehen zu können.

Prof. Dr. Silja Vöneky danke ich herzlich für die rasche Erstellung des Zweitgutachtens, Prof. Dr. Michael Kloepfer für die Aufnahme in die Reihe der „Schriften zum Umweltrecht“.

Dank schulde ich zudem Prof. Dr. Jonas Ebbesson für die Betreuung meiner Masterarbeit an der Universität Stockholm und zahlreiche Einblicke in die Arbeit des Überwachungsausschusses der Aarhus-Konvention.

Auch möchte ich mich bei all denjenigen bedanken, die meine Arbeit direkt oder indirekt gefördert und begleitet haben. Stellvertretend zu nennen sind meine Kolleginnen und Kollegen am Institut für Öffentliches Recht der Universität Freiburg, in deren Kreis ich mich stets zu Hause fühlte, alle Teil-

nehmerinnen und Teilnehmer des Master Programms „Umweltrecht“, Jahrgang 2013/2014 an der Universität Stockholm, mit denen gemeinsam ich viel lernen und erleben durfte, sowie meine Kolleginnen und Kollegen bei der Stiftung Umweltenergierecht in Würzburg – nicht zuletzt für die Rücksichtnahme auf die zeitlichen Bedürfnisse meiner Promotion. Schließlich gebührt besonderer Dank all meinen Freunden, von denen ich viele in den letzten Jahren allzu selten gesehen habe, und nicht zuletzt meiner Familie für ihre geduldige und großzügige Unterstützung. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Würzburg, im Frühjahr 2018

Nils Wegner

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	27
I. Die Bedrohung und Zerstörung biologischer Vielfalt	27
II. Arbeitshypothese: Subjektiv-rechtliche Ansätze zum Schutz biologischer Vielfalt	28
III. Fragestellung und Untersuchungstiefe	35
1. Fragestellung, Untersuchungsgegenstände und Erkenntnisinteresse ..	36
2. Untersuchungs- und Darstellungstiefe	38
B. Methodik	43
C. Mit der Arbeit verfolgte Ziele	46
D. Gang der Darstellung	48

Erster Teil

Grundlagen

A. Biologische Vielfalt	49
I. Naturwissenschaftliche Grundlagen	50
II. Bedeutung und Wert biologischer Vielfalt	54
1. Die Ökosystemdienstleistungen	54
2. Der ökonomische Wert biologischer Vielfalt	57
3. Der ethische Wert biologischer Vielfalt	61
III. Ursachen des Verlusts biologischer Vielfalt	62
1. Verlust natürlicher Lebensräume	63
2. Belastung natürlicher Lebensräume mit Schadstoffen und Pathogenen	65
3. Übernutzung natürlicher Ressourcen	66
4. Einfuhr gebietsfremder invasiver Arten	67
5. Klimawandel	68
6. Sozio-ökonomische Ursachen	70
7. Mangel an und fehlerhafter Einsatz von ökologischem Wissen	72
IV. Zwischenergebnis	73
B. Subjektive Rechte Einzelner zum Schutz öffentlicher Interessen im deutschen und europäischen Recht	74
I. Die begrenzte Verleihung subjektiver Rechte im deutschen öffentlichen Recht	75
1. Bedeutung subjektiver Rechte im positiven Recht	76

2. Historische Entwicklung des subjektiv-öffentlichen Rechts	81
3. Wandel des Verständnisses subjektiver Rechte	85
II. Die erweiterte Verleihung subjektiver Rechte im Recht der Europäischen Union	95
1. Treiber der Entwicklung auf europäischer Ebene	95
a) Anfängliche Prägung des Rechtsschutzsystems durch die französische Tradition	96
b) Schwäche zentraler Rechtsdurchsetzung	97
c) Die Reformulierung der Rolle des Einzelnen	99
2. Subjektive Berechtigungen als ein Instrument dezentraler Rechtsdurchsetzung	100
a) Schaffung allgemeiner Grundsätze und Gebote zur Stärkung der dezentralen Rechtsdurchsetzung	100
b) Gezielte Einbeziehung Einzelner in die dezentrale Durchsetzung von Gemeinschaftsrecht	103
3. Unklarheit über die Qualifizierung der „normativen Interessentenklage„	106
III. Bewertung	111
C. Bedingungen für die Mobilisierung Einzelner und Gruppen zur Rechtsdurchsetzung im Völkerrecht	118
I. Staaten als Anspruchsgegner – der völkerrechtliche Status biologischer Vielfalt	119
II. Das Individuum im Völkerrecht	125
1. Allmähliche Anerkennung des Individuums in der Völkerrechtspraxis	126
2. Diskussion in der Völkerrechtswissenschaft	129
a) Ablehnung der Rechtsfähigkeit	130
b) Anerkennung partieller Rechtsfähigkeit	131
c) Diskussion und Stellungnahme	132
3. Völkerrechtsunmittelbare und völkerrechtsmittelbare Berechtigungen	140
III. Wirkungsweise völkervertragsrechtlich begründeter subjektiver Rechte	142
1. Geltungsvoraussetzungen völkervertragsrechtlicher Normen	143
2. Unmittelbare Anwendbarkeit völkervertragsrechtlicher Normen	145
a) Die rechtstechnische Seite der unmittelbaren Anwendbarkeit	149
b) Die normative Frage nach der unmittelbaren Anwendbarkeit	149
3. Notwendigkeit staatlicher Umsetzung völkervertragsrechtlicher Normen	152
IV. Zwischenfazit	154

Zweiter Teil

Verwirklichung subjektiv-rechtlicher Ansätze zum Schutz biologischer Vielfalt im Völkerrecht	156
A. Der Schutz biologischer Vielfalt mittels klassischer Menschenrechte	157
I. „Greening the Human Rights“ zum Schutz biologischer Vielfalt	157
1. Charakteristika des Ansatzes	158
2. Grundsätzliche Eignung des Ansatzes zum Schutz biologischer Vielfalt	164
3. Verhältnis zur allgemeinen Diskussion um Umweltschutz durch die EMRK	165
II. Rechtsprechung des EGMR – Zwischen Individualrechtsschutz und Leitbildfunktion	168
III. Die evolutive und extensive Auslegung der Konventionsbestimmungen	176
IV. (Un-)Mittelbarer Schutz biologischer Vielfalt durch die EMRK	180
1. Schutzbereichseröffnung	181
a) Art. 8 und Art. 2 EMRK	181
aa) Persönlicher Anwendungsbereich	182
bb) Schutzgüter und sachlicher Gewährleistungsbereich	182
cc) Voraussetzung gewisser Intensität der Beeinträchtigung	191
dd) Voraussetzung der Unmittelbarkeit der Beeinträchtigung	193
b) Art. 1 des Zusatzprotokolls zur EMRK	196
aa) Persönlicher Anwendungsbereich	197
bb) Schutzgut und sachlicher Gewährleistungsbereich	197
cc) Relevante Beeinträchtigungen von Eigentumsrechten	198
dd) Voraussetzungen gewisser Intensität und Unmittelbarkeit von Beeinträchtigungen	203
c) Art. 10 EMRK	203
d) Art. 6 sowie 13 EMRK	208
2. Gewährleistungsumfang	210
a) Die Doktrin vom Einschätzungsspielraum der Staaten	211
b) Die abwehrrechtliche Dimension der relevanten Rechte gegenüber Umweltphänomenen	216
c) Die schutz- und leistungsrechtliche Dimension der relevanten Rechte gegenüber Umweltphänomenen	217
aa) Materielle Schutzpflicht des Staates	218
bb) Informationspflichten	221
cc) Gewährleistungspflichten bei Organisation und Verfahrensgestaltung	224
(1) Pflicht zur Durchführung einer „Umweltverträglichkeitsprüfung“	226
(2) Beteiligungsrecht der Öffentlichkeit an staatlichen Verfahren	228

(3) Zugang zu Gerichten	230
3. Grenzen des durch die EMRK bewirkbaren Schutzes biologischer Vielfalt	231
V. Zusammenfassung und Zwischenfazit zur Rechtsprechung des EGMR	233
B. Der Schutz biologischer Vielfalt mittels prozeduraler Rechte	237
I. Entstehung, Steuerungskonzept und subjektiv-rechtlicher Charakter des prozeduralen Ansatzes der Aarhus-Konvention	238
1. Die Aarhus-Konvention als Kristallisationspunkt verschiedenster Entwicklungen	238
2. Die prozedurale Ausrichtung der Aarhus-Konvention	243
a) Das Steuerungskonzept der informierten Öffentlichkeit	243
b) Umsetzung des Steuerungskonzepts mittels prozeduraler Rechte	251
3. Subjektive prozedurale Rechte zum Schutz biologischer Vielfalt	256
II. Überblick über die Regelungen der Aarhus-Konvention	260
III. Die Rechtsmacht Einzelner und Gruppen bei der Implementierung und Durchsetzung von durch die Aarhus-Konvention vermittelten Rechtspositionen	262
1. Geltung der AK innerhalb und außerhalb der Europäischen Union	264
a) Geltung der AK als gemischtes Abkommen innerhalb der EU	265
aa) Allgemeine Grundsätze	265
bb) Einbeziehung der Vorschriften der AK ins Unionsrecht	269
b) Geltung der AK in Staaten außerhalb der EU	277
2. Implementierung und dezentrale Durchsetzung der Aarhus-Konvention	277
a) Das Compliance-Committee der Aarhus-Konvention	277
aa) Berichte des ACCC	280
bb) Annahme der Ergebnisse und Empfehlungen durch die Vertragsstaatenkonferenz	281
cc) Aarhus Convention Implementation Guide	284
dd) Zwischenergebnis	285
b) Organe der europäischen Union	286
aa) Rechtsschutz vor EU-Gerichten gegen Maßnahmen der EU im gemeinschaftseigenen Vollzug	287
(1) Implementierung von Art. 9 AK im Unionsrecht	289
(2) Implementierungsunabhängige Wirkungen von Art. 9 AK im Unionsrecht	295
(a) Art. 9 Abs. 1 AK und Art. 9 Abs. 2 AK	296
(b) Art. 9 Abs. 3 AK	296
(aa) Unmittelbare Anwendbarkeit	297
(bb) Tauglichkeit von Art. 9 Abs. 3 AK als Kontrollmaßstab für EU-Recht	299
(cc) Verpflichtung zu völkerrechtskonformer Auslegung	307

(3) Implementierungsunabhängige Wirkungen sonstiger Vorschriften der AK im EU-Recht	311
bb) Rechtsschutz vor EU-Gerichten bzgl. Maßnahmen des mit- gliedstaatlichen Vollzugs	317
c) Nationale Gerichte und Behörden	323
3. Zwischenfazit: Komplexes Mehrebenenverhältnis	324
IV. Schutz biologischer Vielfalt mittels prozeduraler Rechte der Aarhus- Konvention	327
1. Das „Recht auf Zugang zu Umweltinformationen“	329
a) Funktionen des reaktiven Informationsrechts	332
b) Mitglieder der Öffentlichkeit als Zugangsberechtigte	335
aa) Natürliche Personen	335
bb) Juristische Personen und sonstige Personenvereinigungen	337
cc) Diskriminierungsverbot	338
c) Die zugangspflichtigen Behörden	339
aa) Organisatorisch-funktionaler Behördenbegriff	340
bb) Formell-funktionale Verwaltungstätigkeit	347
cc) Faktisch-funktionale Verwaltungstätigkeit	349
dd) Einbeziehung der Verwaltungsstellen der Europäischen Union	352
d) Art und Inhalt der Information – „Informationen über die Um- welt“	352
aa) Zustandsbezogene Umweltinformation	354
bb) Tätigkeits- und umweltfaktorenbezogene Umweltinformation	357
cc) Information über menschliche Gesundheit und Sicherheit sowie Kulturstätten und Bauwerke	360
dd) Zwischenergebnis	362
e) Sonstige Modalitäten des Informationszugangs	363
f) Beschränkungen des Informationsrechts	364
aa) Schutz überwiegend öffentlicher Güter	367
(1) Überblick	367
(2) Insbesondere: Die Versagung von Umweltinformati- onsbegehren während laufender behördlicher Entschei- dungsverfahren	369
(3) Insbesondere: Der Schutz von Vertragsverletzungsver- fahren der EU gegenüber Mitgliedstaaten entsprechend Art. 4 Abs. 4 lit c) AK	372
bb) Schutz überwiegend privater Interessen – insbesondere Schutz von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen	377
(1) Allgemeines	377
(2) „Glyphosat“	381
(3) „Bienensterben“	390
cc) Bewertung	392

g) Zwischenfazit	395
2. Das „Recht auf Öffentlichkeitsbeteiligung“	396
a) Normbefund	401
aa) Überblick	401
bb) Implementierungsmaßnahmen	402
b) Die zu Berechtigenden	405
aa) Die differenzierte Anwendung unterschiedlicher Öffentlichkeitskonzepte	405
bb) Die betroffene Öffentlichkeit	406
(1) Umweltvereinigungen als Teil der betroffenen Öffentlichkeit	407
(2) Sonstige Mitglieder der betroffenen Öffentlichkeit	410
cc) Ermittlung der Öffentlichkeit im Rahmen von Art. 7 S. 3 AK	413
c) Die zu Verpflichtenden	414
d) Abgrenzung der sachlichen Anwendungsbereiche	415
aa) Art. 6 – Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungen über bestimmte Tätigkeiten	415
(1) Art. 6 Abs. 1 lit. a) AK	415
(2) Art. 6 Abs. 1 lit. b) AK	418
bb) Umweltbezogene Pläne und Programme, Art. 7 AK	422
cc) Exekutive Vorschriften und/oder allgemein anwendbare rechtsverbindliche normative Instrumente, Art. 8 AK	424
e) Strukturelemente der Öffentlichkeitsbeteiligung nach Aarhus	425
aa) Vorgaben zu Zeitpunkt und zeitlicher Strukturierung der Öffentlichkeitsbeteiligung	425
bb) Verpflichtungen der Staaten zur Information der jeweiligen (Teil-)Öffentlichkeit	430
(1) Informationspflichten nach Art. 6 AK	431
(a) Vorhabenbekanntmachung, Art. 6 Abs. 2 AK	431
(b) Information über die geplante Tätigkeit, Art. 6 Abs. 6 AK	433
(c) Information über die Entscheidung, Art. 6 Abs. 9 AK	435
(2) Informationspflichten gem. Art. 7 und 8 AK	436
cc) Recht zur Abgabe von Stellungnahmen, Art. 6 Abs. 7 AK, Art. 8 lit. c) AK	436
dd) Berücksichtigung des Beteiligungsergebnisses, Art. 6 Abs. 8, Art. 7 S. 2 i. V. m. Art. 6 Abs. 8, Art. 8 S. 3 AK	440
f) Völkerrechtsunmittelbare oder mittelbar völkerrechtlich vorzusehende Verfahrensrechte Einzelner?	445
g) Bewertung und Zwischenfazit	447
3. Das „Recht auf Zugang zu Gerichten“	449

a) Rechtsschutz gegen Verkürzungen des Informationsanspruchs, Art. 9 Abs. 1 AK	451
b) Anfechtung von Entscheidungen im Anwendungsbereich von Art. 6 AK gem. Art. 9 Abs. 2 AK	454
aa) Zugangsberechtigte	455
bb) Sachliche Reichweite der prozessualen Gewährleistung	456
(1) Die Anknüpfung des Rechtsschutzes nach Art. 9 Abs. 2 AK an Art. 6 AK	456
(2) Zu gewährleistendes Rügepotential im Anwendungsbe- reich von Art. 9 Abs. 2 AK	458
(a) Art. 9 Abs. 2 AK – Textbefund und Genese	458
(b) Ausgangslage im deutschen Recht	460
(c) Geltendmachung von Rechtsverstößen durch Um- weltvereinigungen	467
(aa) Materiell-rechtliche Rechtmäßigkeit	468
(bb) Verfahrensmäßige Rechtmäßigkeit	472
(cc) Keine Beschränkung des Kontrollumfangs der Verbandsklage auf „dem Umweltschutz dienende Vorschriften“	474
(dd) Zwischenfazit	478
(d) Geltendmachung von Rechtsverstößen durch sonsti- ge Mitglieder der betroffenen Öffentlichkeit	480
(aa) Beschränkter Zugang und objektives Beanstan- dungsverfahren (Vollkontrolle)	481
(bb) Beschränkter Zugang und eingeschränkte Prüfung	485
(α) Bedeutung für den Rechtsschutz gegen materiell-rechtliche Verstöße	488
(β) Bedeutung für den Rechtsschutz gegen Verfahrensfehler	490
(cc) Zwischenfazit	492
(3) Eigenständigkeit der Überprüfungsverfahren – Insbeson- dere zur Unzulässigkeit materieller Präklusion	495
(4) Die Heilung von Verfahrensfehlern	499
cc) Art. 9 Abs. 2 AK als völkerrechtsunmittelbare Gewährlei- stung eines prozessualen subjektiven Rechts?	501
dd) Zwischenergebnis zu Art. 9 Abs. 2 AK	504
c) Anfechtungen sonstiger umweltrelevanter Handlungen, Art. 9 Abs. 3 AK	505
aa) Art. 9 Abs. 3 AK – Textbefund, Genese, ursprünglicher Dis- kussionsstand	506
bb) Normative Vorgaben gem. Art. 9 Abs. 3 AK im Lichte seiner institutionellen Auslegung	510
(1) Zugangsberechtigte	510

(2) Zugang zu verwaltungsbehördlichen oder gerichtlichen Verfahren	515
(3) Anfechtungsgegenstände	517
(a) Anfechtung von einzelfallbezogenen Verwaltungsentscheidungen	517
(b) Anfechtung auch von nicht einzelfallbezogenen Verwaltungsentscheidungen?	518
(c) Anfechtung von Plänen und Programmen	521
(d) Anfechtung von Handlungen und Unterlassungen von Privatpersonen	524
(4) Prüfungsmaßstab	525
(a) Prüfung auch rein objektiv-rechtlicher Vorschriften	526
(b) Prüfung auch rein verfahrensrechtlicher Verstöße	528
cc) Weiterer Implementierungsbedarf aufgrund von Art. 9 Abs. 3 AK	529
(1) Umsetzungsverpflichtung für die Europäische Union	529
(2) Umsetzungsverpflichtung für das nationale Recht	530
dd) Zwischenergebnis zu Art. 9 Abs. 3 AK	534
V. Zusammenfassung und Bewertung	535
C. Der Schutz biologischer Vielfalt mittels subjektiver Berechtigungen indigener Völker und lokaler Gemeinschaften	547
I. Indigene Völker und lokale Gemeinschaften im Umweltvölkerrecht	547
1. Die Beziehung indigener Völker zu ihrer Umwelt	547
2. Die Anerkennung indigener und lokaler Gemeinschaften im Völkerrecht	552
II. Verwirklichung des Greening-Ansatzes durch die Anerkennung kollektiver Menschenrechte indigener Gemeinschaften	555
1. Das inter-amerikanische und das afrikanische Menschenrechtssystem	555
2. Die evolutive und extensive Auslegung der Bestimmungen des inter-amerikanischen und des afrikanischen Menschenrechtssystems	560
a) Einfluss des allgemeinen Völkerrechts und „Conventionality Control“ im inter-amerikanischen Menschenrechtssystem	561
b) Die Offenheit der ACHPR für die Berücksichtigung internationaler Trends	569
3. Unmittelbarer Schutz biologischer Vielfalt?	570
4. Mittelbarer Schutz biologischer Vielfalt durch kollektive Rechte indigener Völker und nicht-indigener Stammesgesellschaften	578
a) Indigene Völker als Rechtssubjekte?	579
aa) Gebotenheit eines besonderen Schutzes indigener Völker	580
bb) Identifizierung schutzwürdiger Gemeinschaften	583
b) Eigentums- und weitere Landnutzungsrechte indigener und nicht-indigener Stammesgesellschaften in AMRK, American Declaration und ACHPR	587
aa) Art. 21 Abs. 1 AMRK, Art. XXIII American Declaration	587

bb) Gewährleistungen der ACHPR	592
c) Die staatlichen Pflichten betreffend die Rechte indigener Völker und nicht-indigener Stammesgesellschaften	594
aa) Abwehr- und Schutzpflichten	594
bb) Staatliche Pflichten im Falle von Eingriffen in gewährleistete Rechte	595
(1) Voraussetzung der effektiven Beteiligung und Konsultation	598
(2) Voraussetzung der Aufteilung von Vorteilen	602
(3) Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung	605
d) Schutz biologischer Vielfalt	606
5. Zwischenfazit	608
III. Verwirklichung eines sozio-ökonomischen Ansatzes – das Nagoya-Protokoll	611
1. Der Steuerungsansatz des Nagoya-Protokolls	611
a) „Access and Benefit-Sharing“ in der CBD und der Weg nach Nagoya	612
b) Der integrierende Ansatz des Nagoya-Protokolls	620
2. Die rechtliche Position indigener und ortsansässiger Gemeinschaften im ABS-Mechanismus des Nagoya-Protokolls	624
a) Überblick über den ABS-Mechanismus des Nagoya-Protokolls ..	624
b) Auslegung der relevanten Vorschriften	625
aa) Personaler Anwendungsbereich	626
(1) Anbieter: Indigene und ortsansässige Gemeinschaften ..	626
(2) Nutzer	631
bb) Sachlicher Anwendungsbereich	632
(1) Nutzung genetischer Ressourcen	632
(2) Auf genetische Ressourcen bezogenes traditionelles Wissen	635
cc) Zeitlicher Anwendungsbereich	638
dd) Das Zugangs-Regime, Art. 6 Abs. 2, Art. 7 NP	641
(1) Zugang zu genetischen Ressourcen und hierauf bezogenem traditionellem Wissen	642
(2) PIC oder Billigung und Beteiligung	643
ee) Regime über die ausgewogene und gerechte Aufteilung der Vorteile, Art. 5 Abs. 2, 5 NP	648
(1) Sich aus der Nutzung der genetischen Ressourcen und hierauf bezogenem traditionellem Wissen ergebende Vorteile	649
(2) Ausgewogene und gerechte Aufteilung/einvernehmlich festgelegte Bedingungen	651
(3) Nutzung der Vorteile, Art. 9 NP	654
ff) Verbindlichkeitsgrad des ABS-Regimes	655
(1) ABS-Regelungen betreffend traditionelles Wissen	656

(a) „Im Einklang mit dem innerstaatlichen Recht“	657
(b) „Soweit angebracht“, „mit dem Ziel sicherzustellen“	659
(2) ABS-Regelungen betreffend genetische Ressourcen	660
c) Einordnung der rechtlichen Position von ILC im Nagoya-Protokoll	666
3. Einfluss Einzelner und Gruppen auf die Implementierung des Nagoya-Protokolls?	670
a) Einfluss über Mechanismen des Nagoya-Protokolls?	670
b) Inanspruchnahme von Rechtsschutz vor internationalen und nationalen Gerichten	673
4. Bewertung	674

Dritter Teil

Ansatzübergreifender Vergleich	679
A. Übergreifender Vergleich der untersuchten Ansätze	679
I. Die Rechtspositionen zum Schutz biologischer Vielfalt	679
1. Die subjektiv-rechtlichen Rechtspositionen	680
a) Materielle Schutzrechte	680
b) Informations(zugangs)rechte und -pflichten	682
c) Partizipationsrechte	684
d) Prozessuale Zugangsrechte	686
2. Stärke der gewährleisteten Position	687
II. Die Mobilisierung von Einzelnen und Gruppen	690
III. Auswirkungen auf die Souveränität der Staaten	693
B. Möglichkeit und Grenzen einer Fortentwicklung der Ansätze	694
I. Möglichkeiten der Fortentwicklung	694
1. Fortentwicklung durch staatliche Rechtserzeugung	694
2. Fortentwicklung durch Gerichte und Überwachungsausschüsse	696
II. Legitimatorische Grenzen der Fortentwicklung	699
C. Ergänzungsbedürftigkeit der subjektiv-rechtlichen Ansätze	705

Vierter Teil

Fazit und weiterer Forschungsbedarf	708
Literaturverzeichnis	711
Entscheidungsverzeichnis	741
Stichwortverzeichnis	750

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
AbfBw-RL	Richtlinie 2008/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über Abfälle und zur Aufhebung bestimmter Richtlinien, ABI. EU L 312/3 vom 22.11.2008
Abl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
ABS-Mechanismus	„Access and Benefit-Sharing“-Mechanismus oder auch Zugangs- und Vorteilsausgleichsmechanismus
ACCC	Aarhus Convention Compliance Committee, auch Überwachungskomitee oder -ausschuss
ACHPR	African Charter on Human and Peoples' Rights, 27.6.1981, 21 ILM 58 (1982)/Afrikanische Charter der Menschenrechte und der Rechte der Völker, auch Banjul Charter genannt
ACmHPR	African Commission on Human and Peoples' Rights
ACTHPR	African Court on Human and Peoples' Rights
AD	American Declaration of the Rights and Duties of Man, April 1948/Amerikanische Menschenrechtserklärung
a. E.	am Ende
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte Fassung
AHRLJ	African Human Rights Law Journal
AHWG	ad hoc working group/ad hoc Arbeitsgruppe
AJIL	American Journal of International Law
AK	Aarhus-Konvention/Convention on Access to Information, Public Participation in Decision-Making and Access to Justice in Environmental Matters, adopted June 28, 1998, 2161 UNTS 447; 38 ILM 517 (1999)
AK-VO	Verordnung (EG) Nr. 1367/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. September 2006 über die Anwendung der Bestimmungen des Übereinkommens von Århus über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten auf Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft

Alt.	Alternative
AMRK	Amerikanische Menschenrechtskonvention/American Convention on Human Rights, 21.11.1969, 9 ILM 99 (1969)
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
Art.	Artikel
AUR	Agrar- und Umweltrecht
AVR	Archiv des Völkerrechts
BayVBl	Bayerische Verwaltungsblätter
Bd.	Band
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (heute: nukleare Sicherheit)
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
BReg.	Bundesregierung
BRJ	Bonner Rechtsjournal
bspw.	beispielsweise
BT	Bundestag
BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BVL	Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
CBD	1992 Convention on Biological Diversity (CBD), Übereinkommen über die Biologische Vielfalt, 31 ILM 818 (1992)
CDM	Clean Development Mechanism
CETS	Council of Europe Treaty Series
CHOM	common heritage of mankind
CITES	Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora (CITES/Washingtoner Artenschutzabkommen) vom 03.03.1973, 993 UNTS 243
CJIL	Chinese Journal of International Law
COP	Conference of the Parties/Vertragsstaatenkonferenz
DE-IPCC	Deutsche IPCC Koordinierungsstelle
ders.	derselbe

dies.	dieselbe(n)
DNA	Desoxyribonucleic Acid
DNS	Desoxyribonukleinsäure
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
Drs.	Drucksache
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt
ECLAC	Economic Commission for Latin America and the Caribbean
ECOSOC	Economic and Social Council
EG	Europäische Gemeinschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
E.I.P.R.	European Intellectual Property Review
EJIL	European Journal of International Law
elni	Environmental Law Network International
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention (Convention on the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms, 4.11.1950, 213 UNTS 221/Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten)
EnWZ	Zeitschrift für das gesamte Recht der Energiewirtschaft
ETS	European Treaty Series
EU	Europäische Union
EuG	Gericht der Europäischen Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union oder auch Europäischer Gerichtshof
EuGHE	Entscheidungssammlung des EuGH
EUGrRChr	Europäische Grundrechtecharta
EuR	Europarecht
EUROSTAT	Statistisches Amt der Europäischen Union
EurUP	Zeitschrift für Europäisches Umwelt- und Planungsrecht
EUV	Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft ⁴ , veröffentlicht im ABl. 2007/C 306/01, zuletzt bekanntgemacht durch Abdruck der konsolidierten Textfassungen im ABl. 2012/C 326/01
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations
FFH-RL	RL 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen, ABl. EG L 206/7
FPIC	Free prior informed consent

FS	Festschrift
GA	Generalanwalt/Generalanwältin
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade, 15.4.1994, 1867 UNTS 187
GenTG	Gentechnikgesetz
GG	Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
ggf.	gegebenenfalls
ggü.	gegenüber
GoJIL	Goettingen Journal of International Law
GrK	Große Kammer
GVO	genetisch veränderte Organismen
h. M.	herrschende Meinung
Hs.	Halbsatz
IACmHR	Inter-American Commission on Human Rights
IACtHR/I/ A Court H.R.	Inter-American Court Human Rights
ibid.	ebenda
ICCPR	International Covenant on Civil and Political Rights, 16.12.1966, 999 UNTS 171/Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
ICESCR	International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights, 16.12.1966, 993 UNTS 3/Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
ICJ	International Court of Justice
ICLQ	International & Comparative Law Quarterly
idem	derselbe, dieselbe, dasselbe
i. d. S.	in diesem Sinne
i. E.	im Ergebnis
IE-RL	RL 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24.11.2010 über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung), ABl. 2010, L 334/17
IGH	Internationaler Gerichtshof
I.J.C.P.	International Journal of Cultural Property
ILC	Indigenous and Local Communities/Indigene und ortsansässige (lokale) Gemeinschaften
ILM	International Law Materials
ILO	International Labor Organization
ILO-Konvention 169	ILO Convention 169 of June 27, 1989: Convention Concerning Indigenous and Tribal Peoples in Independent Countries, 28 ILM 1382 (1989)

inkl.	inklusive
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change („Weltklimarat“)
IPWSKR	Internationaler Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
ITPGRFA	International Treaty on Plant Genetic Resources for Food and Agriculture (ITPGRFA) – Internationaler Vertrag über pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft
IUCN	International Union for Conservation of Nature and Natural Resources
IVU-RL	RL 96/61/EG des Rates vom 24.09.1996 über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung, ABl. 1996, L 257/26
JA	Juristische Arbeitsblätter
JEEPL	Journal of European Environmental & Planning Law
JhbRsoz	Jahrbuch für Rechtssoziologie und Rechtstheorie
jM	juris – Die Monatszeitschrift
JuS	Juristische Schulung
JZ	JuristenZeitung
KRK/UNFCCC	Klimarahmenkonvention, United Nations Framework Convention on Climate Change, 9.5.1992, 1771 UNTS 107
MAT	mutually agreed terms
MERCOSUR	Mercado Común del Cono Sur
m. N.	mit Nachweis(en)
MOP	Meeting of the Parties/Vertragsstaatenkonferenz
MPEPIL	Max Planck Encyclopedia of Public International Law
m. z. N.	mit zahlreichen Nachweisen
m. z. w. N.	mit zahlreichen weiteren Nachweisen
n. F.	neue Fassung
NGO	Non Governmental Organization
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NP	Protokoll von Nagoya oder Nagoya Protokoll zur Biodiversitätskonvention
Nr.	Nummer
NuR	Natur und Recht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NW. U. J. Int'l Hum Rts	Northwestern University Journal of International Human Rights
OAS	Organization of American States
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development

ÖffBeteil-RL	Richtlinie 2003/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Mai 2003 über die Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Ausarbeitung bestimmter umweltbezogener Pläne und Programme und zur Änderung der Richtlinie 85/337/EWG und 96/61/EG des Rates in Bezug auf die Öffentlichkeitsbeteiligung und den Zugang zu Gerichten, ABl. EU L 156/17 vom 25.6.2003
OSPAR	Convention for the Protection of the North-East Atlantic, 32 ILM 2069 (1993)
OVG	Oberverwaltungsgericht
PAN Europe	Pesticide Action Network Europe
PIC	Prior informed consent
Plan-UP	Plan-Umweltprüfung/strategische Umweltprüfung
RdU	Recht der Umwelt
RECIEL	Review of European Community and International Environmental Law
REDD+	Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation and the role of conservation, sustainable management of forests and enhancement of forest carbon stocks in developing countries
Rn.	Randnummer
RNA	ribonucleic acid = RNS
RNS	Ribonukleinsäure
ROG	Raumordnungsgesetz
Rs.	Rechtssache
Rz.	Randzeichen
S.	Satz/Seite
StIGH/PCIJ	Ständiger Internationaler Gerichtshof/Permanent Court of International Justice
str.	streitig
SUP	Strategische Umweltprüfung
SUP-RL	Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001 über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme, ABl. EG L 197/30 vom 21.7.2001
TEEB	The Economics of Ecosystems and Biodiversity
TFEU	Treaty on the Functioning of the European Union
TK	Traditional Knowledge
TRIPS	Agreement on trade-related aspects of intellectual property rights, 33 ILM 1197 (1994)/Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums

u. a.	und andere/unter anderem
UBA	Umweltbundesamt
UI-RL1990	RL 90/313/EWG des Rates vom 7. Juni 1990 über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt, ABl. EG L 158, S. 56
UI-RL2003	Richtlinie 2003/4/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2003 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen und zur Aufhebung der Richtlinie 90/313/EWG des Rates, Abl. EU L 41/26 vom 14.2.2003
Umgebungslärm-RL	Richtlinie 2002/49/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Juni 2002 über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm, ABl. EG L 189/12 vom 18.7.2002
UmwRG2006	Gesetz über ergänzende Vorschriften zu Rechtsbehelfen in Umweltangelegenheiten nach der EG-Richtlinie 2003/35/EG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz) vom 7. Dezember 2006, BGBl. I 2006, S. 2816
UmwRG2013	Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. April 2013 (BGBl. I 2013, S. 753)
UmwRG2017	Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. April 2013 (BGBl. I, S. 753) das durch Artikel I des Gesetzes vom 29. Mai 2017 (BGBl. I S. 1298) geändert worden ist
UNCESCR	UN Committee on Economic, Social and Cultural Rights
UNCLOS/SRÜ	UN Convention on the Law of the Sea (UNCLOS), 10.12.1982, 1833 UNTS 3/Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen
UNDRIP	United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples, UNGA A/Res/61/295 vom 13.09.2007
UNECE	United Nations Economic Commission for Europe
UNEP	United Nations Environment Programme
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change, 9.5.1992, 31 ILM 849 (1992)
UNGA	United Nations General Assembly/Generalversammlung der Vereinten Nationen
UNHRC	United Nations Human Rights Council
UNPFII	United Nations Permanent Forum on Indigenous Issues
UNTS	United Nations Treaty Series
UP	Umweltprüfung
UPR	Umwelt- und Planungsrecht
USchadG	Gesetz über die Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden Umweltschadensgesetz) vom 10. Mai 2007 (BGBl. I S. 666)

UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
UVP-RL a.F.	RL 85/337/EWG des Rates vom 27. Juni 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten, ABl. EG Nr. L 175/40
UVP-RL n.F.	RL 2011/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten, ABl. EU L 26/1 vom 28.1.2012; soweit Änderungen durch RL 2014/52/EU vorgenommen wurden, sind diese besonders gekennzeichnet
VBIBW	Verwaltungsblätter Baden-Württemberg
VerwArch	Verwaltungsarchiv
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
Welterbekonvention	Convention Concerning the Protection of the World Cultural and Natural Heritage, 1972
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
WR-RL	Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik, ABl. EG L 327/1 vom 22.12.2000 (Wasserrahmenrichtlinie).
WÜK	Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen/ Vienna Convention on diplomatic relations, 18.4.1961, 500 UNTS 95
WVK	Wiener Vertragsrechtsübereinkommen/Vienna Convention on the Law of the Treaties, 23.5.1969, 8 ILM 679 (1969)
WTO	World Trade Organization
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien
ZfBR	Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht
Ziff.	Ziffer
ZNER	Zeitschrift für Neues Energierecht
ZP	Zusatzprotokoll
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht

A. Einleitung

I. Die Bedrohung und Zerstörung biologischer Vielfalt

Die heute vorhandene biologische Vielfalt des Ökosystems Erde ist das Ergebnis eines Jahrtausenden währenden Evolutionsprozesses,¹ der zur Ausbildung einer unvorstellbaren Vielzahl an Ökosystemen, Arten und Genen geführt hat. Der Mensch ist Teil des Ökosystems Erde und abhängig von dessen Leistungen. Ohne biologische Vielfalt gibt es weder saubere Luft zum Atmen, sauberes Wasser zum Trinken oder fruchtbare Böden zum Anbau von Nahrung. Die Staatengemeinschaft hat nicht nur den auf unterschiedliche Weise begründbaren Eigenwert biologischer Vielfalt, sondern gerade auch ihre Bedeutung für den Menschen in ökologischer, genetischer, sozialer, wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, erzieherischer, kultureller und ästhetischer Hinsicht sowie als Quelle für Erholung anerkannt.² Das Jahr 2010 erklärten die Vereinten Nationen gar zum internationalen Jahr für biologische Vielfalt, um deren Bedeutung für die Weltgemeinschaft zu unterstreichen.³

Gleichwohl stehen heute mehr denn je alle Bestandteile biologischer Vielfalt unter erheblichem Druck. So verschwinden Schätzungen zufolge jährlich etwa zwischen 25.000 und 100.000 Arten. Die Gründe hierfür sind vielfältig und fast ausschließlich auf den Menschen zurückzuführen. Bereits 1992 drückte nahezu die gesamte Staatengemeinschaft im Übereinkommen über die biologische Vielfalt ihre Besorgnis darüber aus, „daß die biologische Vielfalt durch bestimmte menschliche Tätigkeiten erheblich verringert wird“.⁴ Die Staaten sahen es schon damals als lebenswichtig an, dass es gelingt, den Ursprung der Ursachen der erheblichen Verringerung und des Verlustes bio-

¹ A. Endres/R. Bertram, Nachhaltigkeit und Biodiversität, in: M. Führ/R. Wahl/P. v. Wilmowsky, Umweltrecht und Umweltwissenschaft, FS für Eckard Rehbinder, 2007, 165 (173).

² CBD, Präambel, am Anfang.

³ K. Mertens/A. Cliquet/B. Vanheusden, Ecosystem Services. What's in it for a lawyer?, European Energy and Environmental Law Review 2012, 31 (31); M.-C. Gruber, Biodiversitätsschutz als Forderung intergenerationeller Gerechtigkeit, NuR 2011, 468 (468).

⁴ CBD, Präambel, fünfter Spiegelstrich. Vgl. auch bereits allgemein zum Zustand der globalen Umwelt Declaration of the United Nations Conference on the Human Environment, 1972, Ziff. 3.

logischer Vielfalt vorherzusehen, sie zu verhüten oder zu bekämpfen.⁵ Nichtsdestotrotz konnte der globale Trend der Abnahme biologischer Vielfalt bislang nicht gestoppt werden.⁶

II. Arbeitshypothese: Subjektiv-rechtliche Ansätze zum Schutz biologischer Vielfalt

Völkerrechtliche Abkommen zum Schutz einzelner Bestandteile biologischer Vielfalt existieren bereits seit dem frühen 20. Jahrhundert.⁷ Sie und auch modernere multi-laterale Umweltabkommen stellen ganz überwiegend rein zwischenstaatliches Recht dar, die um einen Ausgleich zwischen staatlicher Souveränität einerseits und dem gemeinsamen Interesse der Staatengemeinschaft und der Menschheit am Schutz der Bestandteile biologischer Vielfalt andererseits bemüht sind.⁸ Neben zahlreichen sektoralen Abkommen, die den Schutz bestimmter Ökosysteme⁹ oder bestimmter Tier- und Pflanzenarten¹⁰ bezwecken, existiert seit 1992 mit dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD)¹¹ auch ein Abkommen zum Schutz der Biodiversität als solcher auf der Grundlage eines umfassenden Ökosystemansatzes.

⁵ CBD, Präambel, siebenter Spiegelstrich.

⁶ *S. H. M. Butchart u. a.*, Global Biodiversity: Indicators of Recent Declines, Science 328 (2010), 1164 (1168); *R. Adam*, Missing the 2010 Biodiversity Target, Colorado Journal of International Environmental Law and Policy, 21 (2010), 123 ff.; *N. Wolff/W. Köck*, Einleitung, in: dies., 10 Jahre Übereinkommen über die biologische Vielfalt, 2004, S. 16; *S. Schlacke*, Das Übereinkommen über biologische Vielfalt: Steuerungskraft und Perspektiven, AVR 54 (2016), 524 (525).

⁷ Eine Übersicht über bestehende internationale Abkommen und ihre Entwicklung bieten *U. Beyerlin/J. Grote Stoutenburg*, Environment, International Protection, MPEPIL, 2015, Rn. 41 ff. Vgl. zu einzelnen zentralen Abkommen auch *R. Wolf*, Völkerrechtliche Grundlagen des deutschen Naturschutzrechts, ZUR 2017, 3 (5 ff.); *N. Wolff/W. Köck*, Einleitung, in: dies., 10 Jahre Übereinkommen über die biologische Vielfalt, S. 15; zuletzt auch *W. Durner*, Völkerrechtlicher Naturschutz und nationales Naturschutzrecht, AVR 54 (2016), 355 (361 ff.) sowie *T. Markus*, Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Biodiversität, in: A. Proelß, Internationales Umweltrecht, 2017, Zehnter Abschnitt Rn. 5 ff.

⁸ *U. Beyerlin/J. Grote Stoutenburg*, Environment, International Protection, MPEPIL, 2015, Rn. 43.

⁹ Siehe nur Convention on Wetlands of International Importance especially as Waterfowl Habitat (Ramsar Konvention) vom 02. Februar 1971, 11 ILM 963 (1972).

¹⁰ Z.B. Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora (CITES/Washingtoner Artenschutzabkommen) vom 03.03.1973, 993 UNTS 243; Convention on the Conservation of Migratory Species of Wild Animals vom 23.06.1979, 19 ILM 15 (1980); Convention on the Conservation of European Wildlife and Natural Habitats (Bern Konvention), 19.09.1979, 1284 UNTS 209; International Convention for the Regulation of Whaling vom 02. Dezember 1946; UN Convention on the Law of the Sea (UNCLOS), 10.12.1982, 1833 UNTS 3.

Es entspricht dem überkommenen Verständnis vom Völkerrecht als koordinationsrechtlicher Rechtsordnung zwischen souveränen Staaten,¹² dass internationale Umweltübereinkommen zum Schutz der Bestandteile biologischer Vielfalt oder dieser selbst gegenseitige Verpflichtungen der Staaten zur Beschränkung umweltschädigender Handlungen oder zum Ergreifen aktiver Schutzmaßnahmen enthalten, diese jedoch nicht auch subjektiv gewendet Einzelnen Ansprüche auf die Erfüllung der staatlichen Verpflichtungen vermitteln oder auch nur durch Umsetzung in nationales Recht vermitteln wollen. Die zu prüfende Arbeitshypothese der vorliegenden Untersuchung geht jedoch davon aus, dass auf völkervertraglicher Grundlage in jüngerer Zeit auch Instrumente geschaffen oder fortentwickelt wurden, die Individuen einzeln oder gemeinsam mit anderen als Vereinigungen oder als bestimmte Gemeinschaften völkerrechtsunmittelbar subjektive Rechte zuweisen oder Staaten zur Schaffung von Rechten in ihrer jeweiligen Rechtsordnung verpflichten, die sich unmittelbar oder mittelbar für den Schutz biologischer Vielfalt und ihrer Bestandteile durch die Berechtigten bzw. zu Berechtigenden einsetzen lassen.

Bei der Suche nach solchen subjektiv-rechtlichen Instrumenten im Völkerrecht kommen zunächst die menschenrechtlichen Garantien universeller und regionaler Menschenrechtsinstrumente in den Blick. Gerade anhand letzterer hat sich bereits seit längerer Zeit nicht nur eine ausgiebige theoretische Diskussion um den Zusammenhang von Menschenrechten und dem Schutz der Umwelt entsponnen.¹³ Vielmehr können sowohl Versuche der Völkerrechtswissenschaft als auch der menschenrechtlichen (Gerichts-)Praxis beobachtet werden, klassischen Menschenrechtsgarantien im Wege ihrer Auslegung umweltrelevante Schutzgehalte zu entnehmen und so bis zu einem gewissen Grad auch für umweltschützerische Zwecke fruchtbar zu machen.¹⁴ Diese

¹¹ 1992 Convention on Biological Diversity (CBD, Übereinkommen über die Biologische Vielfalt), 05.06.1992, 1760 UNTS 79.

¹² Zur fortwährenden Bedeutung der Souveränität von Staaten gerade auch als Bedingung für die Weiterentwicklung zwischenstaatlicher Kooperation *K. Ipsen*, in: ders., *Völkerrecht*, 6. Aufl. 2014, § 2 Rn. 66 f.

¹³ Siehe nur Commission on Human Rights, *F. Z. Ksentini*, Special Rapporteur, Human Rights and the Environment, E/CN.4/Sub.2/1994/9; UN Human Rights Council, Analytical study on the relationship between human rights and the environment, A/HRC/19/34; *A. Boyle*, Human Rights and the Environment: Where Next?, EJIL 23 (2012), 613 ff.; *ders.*, Environment and Human Rights, MPEPIL; *ders./M. R. Anderson*, Human Rights Approaches to Environmental Protection, 1996; *F. Francioni*, International Human Rights in an Environmental Horizon, EJIL 21 (2010), 41 ff.; *D. K. Anton/D. L. Shelton*, Environmental Protection and Human Rights, 2011; *K. Wolfe*, Greening the International Human Rights Sphere?, Appeal 9 (2003), 45 ff.

¹⁴ Neben den in der vorherigen Fußnote zitierten Fundstellen siehe nur für die umweltrelevante Rechtsprechung des EGMR die umfangreiche Darstellung bei *K. Braig*, Umweltschutz durch die Europäische Menschenrechtskonvention, 2013.